



Bild: mge

Der Ausserrhoder Kantonsrat sieht die Expo 2027 als grosse Chance für die Ostschweiz. Wenn die Machbarkeitsstudie vorliegt, gibt es eine Volksabstimmung.

Kantonsrat hält Expo-Traum wach

Die geplante Landesausstellung in der Ostschweiz geniesst im Kantonsrat Wohlwollen. Bedenken gibt es vor allem bezüglich Nachhaltigkeit. Für Nichteintreten auf die Kreditvorlage für die Machbarkeitsstudie war die SVP.

PATRIK KOBLER

HERISAU. Die Expo2027 hinterliess gestern im Kantonsrat fast ein wenig Goldgräberstimmung. Die Landesausstellung, in der das Appenzellerland eine wichtige Rolle spielt, weckt grosse Hoffnungen. Einzig die SVP war gegen Eintreten auf die Kreditvorlage von 800 000 Franken für die Machbarkeitsstudie (s. Seite 15). Ansonsten herrscht gegenüber dem Grossprojekt Wohlwollen. Monika Bodenmann (FDP, Waldstatt), Präsidentin der parlamentarischen Kommission, machte eingangs klar, dass es gestern nicht um ein grundsätzliches Ja oder Nein zur

Expo2027 ging. Vielmehr solle das Projekt jetzt konkretisiert und offene Fragen beantwortet werden. Ziel ist es, dem Bund im Jahr 2018 eine fundierte Bewerbung für die Durchführung der nächsten Landesausstellung im Raum Bodensee-Ostschweiz einreichen zu können.

Nachhaltigkeit gefordert

Offene Fragen gibt es zum jetzigen Zeitpunkt einige. Ein grosses Thema war im Kantonsrat die Nachhaltigkeit. So stellte Monica Sittaro (Teufen) namens der FDP klar, dass ihre Partei hinter der Expo stehe, «aber nicht um jeden Preis». Die FDP will, dass «Leuchttürme» geschaffen wer-

den, die erhalten bleiben. Auch SP-Sprecher Hannes Friedli (Heiden) betonte die Wichtigkeit der Nachhaltigkeit. In diesem Punkt ist seine Partei noch skeptisch. Für Begeisterung Sorge hingegen, dass das Siegerkonzept Traditionelles und Zukunftsweisendes verbinden wolle. Wohlwollend äusserte sich auch Marcel Hartmann namens der CVP/EVP-Fraktion. Er erinnerte daran, dass unser Wohlstand auf mutigen Entscheiden gründet. Auch die Parteunabhängigen stehen grossmehrheitlich hinter der Expo. Urs Alder (FDP, Teufen) äusserte sich im Namen der Wirtschaft. Diese unterstützte das Projekt. Bedingung

sei jedoch eine professionelle Projektleitung. Walter Raschle (SVP, Schwellbrunn) meinte dagegen, dass das Appenzellerland heute schon Expo sei. Unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit fragte er sich, ob es noch mehr Gäste brauche.

Bewerbung einreichen

Mit 55 zu 7 Stimmen sprach sich der Kantonsrat letztlich deutlich für den Kredit von 800 000 Franken aus. Die Ausgabe steht unter dem Vorbehalt, dass die mitbeteiligten Trägerkantone Thurgau und St. Gallen das Vorhaben mitfinanzieren. Nach Vorliegen der Machbarkeitsstudie wird die Ausserrho-

der Bevölkerung auf jeden Fall über die Durchführung einer Landesausstellung in der Ostschweiz abstimmen können.

Expo 2027 Innerrhoden ins Boot holen

Im Kantonsrat wurde auch der Wunsch geäussert, dass sich Innerrhoden an der Expo 2027 beteiligt. Letzte Möglichkeit, doch noch mitzuwirken, ist gemäss Marianne Koller, wenn die Machbarkeitsstudie vorliegt. (pk)

KOMMENTAR

Ausserrhoden setzt starkes Zeichen

Man kann spekulieren, was gewesen wäre, wenn der Ausserrhoder Kantonsrat gestern Nein zum Kredit für die Machbarkeitsstudie gesagt hätte. Der Expo-Traum wäre womöglich ausgeräumt gewesen. Zumindest hätte der Kanton, der ein Mauerblümchen-Dasein fristet, ein fragwürdiges Signal gesetzt. Er hätte das Klischee des rückständigen und wenig dynamischen Kantons zementiert.

Glücklicherweise sagte der Kantonsrat aber Ja zum Kredit. Der Expo-Traum lebt weiter. Ausserrhoden setzt sogar ein wichtiges Signal. In den beiden anderen Trägerkantonen St. Gallen und Thurgau haben die Parlamente gezaudert und den Entscheid ans Volk delegiert; die Abstimmungen stehen noch bevor. Das Ja aus Ausserrhoden wird der geplanten Landesausstellung in der Ostschweiz hoffentlich Auftrieb verleihen.

Man kann das Milliardenprojekt immer noch abbrechen. Die Machbarkeitsstudie sollte man aber erstellen. Erst sie wird eine seriöse Entscheidungsgrundlage bieten. Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es immer noch viele Unbekannte; viel mehr als ein Siegerkonzept mit Ideen ist nicht vorhanden. Eine Expo könnte der Ostschweiz fraglos guttun. Es wird die Region auch schon befruchten, sich mit dem Projekt vertiefter auseinanderzusetzen und etwas zu spintisieren. «Fertig mit der Ostschweizer Bescheidenheit», forderte gestern Norbert Näf. Das ist keine Aufforderung zum Grössenwahn. Aber ein Aufruf, das Abenteuer Expo 2027 zu wagen und sich dieses Grossprojekt zuzutrauen.

Die Ausserrhoder Parlamentarier haben gestern Selbstvertrauen und Wagemut bewiesen. Jetzt sind die anderen an der Reihe – auch die Innerrhoder.

Patrik Kobler

ARI wird durchleuchtet

Die Entschädigungen und Grösse der Aufsichtsgremien der AR Informatik AG werden überprüft. Der Kantonsrat hat ein entsprechendes Postulat genehmigt.

MICHAEL GENOVA

AUSSERRHODEN. Nach dem Spitalverbund nimmt der Kantonsrat nun auch die Aufsichtsgremien der AR Informatik AG (ARI) unter die Lupe. In einem Postulat fordert FDP-Kantonsrat Markus Brönnimann (FDP, Herisau), dass der Regierungsrat die Bezahlung der Verwaltungsräte überprüft. «Wir sind überzeugt, dass die Entschädigung für den Verwaltungsrat der ARI AG überhöht ist.» Es gehe aber auch um die Frage, ob die Strukturen des Unternehmens noch tauglich seien. Mit 60 Ja- zu zwei Nein-Stimmen erklärte der Kantonsrat das Postulat gestern als erheblich.

Fünf Fragen zur Aufsicht

Im Postulat stellt Markus Brönnimann zusammen mit Katrin Alder, Koni Meier und Fidel Cavelti (alle FDP, Herisau) fünf

Fragen zur ARI. Neben der Entlohnung der Verwaltungsräte wollen die Postulanten wissen, welchem Zweck die Strategiekommission dient und wie der Regierungsrat die Grösse des Verwaltungsrats begründet, der neun Mitglieder zählt. Ausserdem fragt die Gruppe, welche Aufsichtskompetenzen der Regierungsrat gegenüber der ARI hat und wie das Informatikunternehmen die Vorschriften des öffentlichen Beschaffungsrechts einhält.

ARI ist 2013 als gemeinsames Informatikunternehmen von Kanton und Gemeinden gegründet worden. «Wir stellen nicht die Auslagerung in Frage. Es geht uns nur um die Struktur der Aufsicht», sagte Markus Brönnimann gestern im Kantonsrat.

Gesetzesrevision geplant

Die Vertreter aller Parteien und die Gruppierung der Partei-

unabhängigen stellten sich geschlossen hinter das Postulat. Auch Finanzdirektor Köbi Frei unterstützte das Anliegen im Namen des Regierungsrats. «Mit ihren Fragen stossen sie bei uns auf offene Türen.» Frei stellte in Aussicht, dass die Regierung innerhalb eines Jahres eine Teilrevision des E-Government-Gesetzes oder einen ausführlichen Bericht präsentieren werde. Deshalb bat er für die Beantwortung der Fragen, nicht den Weg über einen Postulatsbericht zu wählen, sondern direkt eine Teilrevision anzustreben.

Mehrere Kantonsräte äusseren sich ablehnend zu einem möglichen Rückzug des Postulats. «Eine Teilrevision eines Gesetzes schafft man nie innerhalb eines Jahres», sagte Gilgian Leuzinger (FDP, Bühler). Yves Noël Balmer (SP, Herisau) begrüsst die Freis Initiative, forderte aber auch einen Zwischenbericht.

Klarer Neustart bei Baugesetz

Nach dem Rückzug des Baugesetzes wollen Regierung und Kantonsrat frisch anfangen. Ein Postulat der Parlamentarischen Kommission hat keine Chance.

MICHAEL GENOVA

AUSSERRHODEN. Ende August zog der Regierungsrat den Entwurf des revidierten Baugesetzes zurück. Er kam damit einer Forderung der Gemeinden nach und versprach, die drei Themen Baugesetz, Richtplan und Mehrwertabschöpfung in einer neuen Vorlage zeitlich besser aufeinander abzustimmen. In der Öffentlichkeit umstritten war auch die geplante Abschaffung der kommunalen Ortsbildschutzzonen.

Wünsche der PK

Trotz zurückgezogenen Baugesetzes will die ehemalige Parlamentarische Kommission (PK), dass wichtige Ergebnisse der bisherigen Diskussionen in die neue Vorlage einfließen. In einem Postulat nennt sie drei Themen, welchen der Regierungsrat besondere Beachtung schenken sollte. Die PK geht weiter von

einer Abschaffung der kommunalen Ortsbildschutzzonen aus und fordert deshalb, der Ausgestaltung der Beratungspflicht besondere Beachtung zu schenken. Darüber hinaus erachtet sie die Vereinheitlichung der Bauvorschriften in der Gemeinde als wichtig. Schliesslich sei ein Bonus für die Ausnutzung ein wichtiges «Zückerchen» für die Bauherren. Nur so könnten Gemeinden diese zu qualitativ gutem Bauen bewegen. «Es geht hier nicht darum, einer künftigen PK Vorgaben zu machen, sondern den Regierungsrat in die Pflicht zu nehmen», betonte Norbert Näf (CVP, Heiden) gestern im Kantonsrat.

«Ohne Drängelei»

In ihrer Antwort machte Regierungsrätin Marianne Koller-Bohl indes klar, dass Regierungsrat die neue Vorlage ohne Denkverbote anpacken will: «Der Re-

gierungsrat will sich nicht auf kosmetische Korrekturen der alten Vorlage beschränken.» Es verstehe sich von selbst, dass die Regierung die Erkenntnisse aus der bisherigen Debatte einbeziehen werde. Marianne Koller-Bohl sagte, der Regierungsrat wolle auch die Abschaffung kommunaler Ortsbildschutzzonen in Frage stellen. Dabei könne es auch sein, dass er wieder zum selben Schluss komme.

Johanna Federer (SP, Herisau) sprach von einer Einigung durch das Postulat «Wir verlangen einen Neustart ohne Drängelei in eine bestimmte Richtung.» Von den übrigen Fraktionen unterstützte lediglich die SVP das Postulat. Der Kantonsrat sprach sich schliesslich deutlich gegen das Vorhaben aus. Die neue Vorlage zum Baugesetz geht laut Regierung voraussichtlich im Spätsommer 2016 in die Vernehmlassung.